

# EU-Kommission droht Sarkozy wegen seiner Abschiebepolitik gegenüber den Roma

VON DANNY LEDER, PARIS

Nicolas Sarkozy gerät wegen ihrer Abschiebepolitik gegenüber Roma-Migranten aus Osteuropa innerhalb der EU zunehmend auf die Anklagebank. Nachdem bereits das EU-Parlament, auf Initiative des franko-deutschen Grünen Daniel Cohn-Bendit, die Anti-Roma-Politik verurteilt hat, droht nun eine Rüge der EU-Kommission. Viviane Redding, Vizepräsidentin der Kommission, will gegen Frankreich ein Verfahren wegen Vertragsverletzung einleiten.

„Das ist eine Schande“ rief die EU-Justizkommissarin bei einer Pressekonferenz am Dienstag. Paris habe gegen die EU-Freizügigkeitsrichtlinie verstoßen und sich dabei einer „Diskriminierung auf ethnischer Grundlage“ schuldig gemacht. „Ich dachte, dass Europa keine derartige Situation mehr seit dem Ende des zweiten Weltkriegs erleben würde“, erklärte Redding.

Die Empörung der EU-Kommissarin speist sich aus der Enthüllung eines Rundschreibens des französischen Innenministeriums, in dem die Polizei angewiesen wird „300 illegale Lager, prioritär die der Roma, zu evakuieren“. Diese Enthüllung löste einen Konflikt zwischen Innenminister Brice Hortefeux und dem Migrationsminister Eric Besson um die Urheberschaft des Rundschreibens aus. Hortefeux erließ noch am Montag-Abend ein neues Rundschreiben, das die Evakuierung aller illegalen Lager „welcher Personen auch immer“ verlangt.

Die namentliche Erwähnung der Roma widerspricht den Beteuerungen der französischen Regierung, man würde nur gegen Personen vorgehen, die erwiesenermaßen über kein ausreichendes Einkommen verfügen und eine Störung der öffentlichen Ordnung, etwa durch die Errichtung illegaler Wohnstätten, darstellen.

Paris beruft sich dabei auf die Direktive über die Freizügigkeit in der EU. Diese gestatte die Ausweisung von Europäern nach drei Monaten Aufenthalt, wenn ihnen obige Verstöße nachgewiesen werden können. Kritiker berufen sich hingegen auf die EU-Grundrechtscharta, die kollektive Abschiebungen verbietet und den Schutz von Minderheiten vorschreibt.

De facto sind die Behörden oft außerstande den Beweis für Gesetzesverstöße zu erbringen, Richter legen sich gegen Abschiebungen quer. Unter den rund 15.000 Roma aus Osteuropa in Frankreich befinden sich etliche, die nach einer Abschiebung wieder zurückgekommen sind. In Frankreich finden sie häufiger Lagerstätten als in Durchzugsländern wie Deutschland, sie werden auch kaum angefeindet wie in ihren Ursprungsländern. Deshalb pocht Paris auf einer aktiveren Antidiskriminierungspolitik in Rumänien und Bulgarien.